

Ein Neuanfang

Wie die Folgen des Ölkriegs die Weltwirtschaftsordnung verändern werden.

28. September 2026 | Michael Hudson

Ursachen der weltweiten Wirtschaftskrise durch den Ölkrieg

- Der US-Ölkrieg gegen den Iran und die Kämpfe in Jemen haben die Ölversorgung um rund 25 Prozent reduziert, was zu massiv steigenden Energiepreisen und Wirtschaftskrisen führt.
- Höhere Preise für Energie und Düngemittel belasten die Landwirtschaft und Unternehmen weltweit, was zu Produktionsrückgängen, Zahlungsausfällen und erhöhter Staatsverschuldung führt.
- Infolge von Zahlungsbilanzdefiziten geraten viele Länder in Druck, woraus sich Konflikte zwischen Schuldner- und Gläubigerstaaten ergeben, was letztlich zu Forderungsausfällen führen kann.

Historischer Kontext und institutionelle Defizite

- Die Bretton-Woods-Institutionen basieren auf pro-Gläubiger-Regeln, die Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten zwingen, wirtschaftliche Anpassungen zugunsten von Gläubigern vorzunehmen.
- Keynes' Vorschlag eines Internationalen Klärungssystems, das eine Beschränkung von übermäßigem Gläubigeranspruch vorsah, wurde von den USA abgelehnt.
- Die Geschichte zeigt, dass rigorose Schuldentrückzahlungen verbunden mit Austerität oft zu wirtschaftlicher Stagnation, politischen Krisen und Depressionen führen.

Amerikanische Wirtschaftspolitik und globale Auswirkungen

- Die USA nutzen ihr Dollar-basiertes Finanzsystem als geopolitisches Instrument, um durch Sanktionen und Handelsbeschränkungen Länder zu kontrollieren.
- Das System gewährt den USA eine außergewöhnliche finanzielle Freiheit („free lunch“) bei steigender Staatsverschuldung, welche von anderen Ländern als Reserven gehalten wird, ohne dass eine Rückzahlung erwartet wird.
- Die US-Deindustrialisierung und Finanzialisierung verursachen wirtschaftliche Polarisierung, während gleichzeitig Länder gezwungen werden, die westlichen Sanktionen zu befolgen.

Krise der Zahlungsbilanz und Notwendigkeit eines Schuldenschnitts

- Die gegenwärtige Krise ist strukturell und verlangt Schuldenerlasse für hochverschuldete Länder des Globalen Südens, um eine vollständige wirtschaftliche Depression abzuwenden.
- Fortgesetzte Rückzahlungen der Auslandsschulden verhindern soziale und wirtschaftliche Stabilität dieser Länder und zwingen sie zu Austerität und Veräußerungen des öffentlichen Eigentums.
- Der Schuldenerlass würde die jahrelange finanzielle Abhängigkeit und Neo-Kolonialismus beenden, die durch gläubigerfreundliche internationale Finanzregeln ermöglicht wurden.

Ungleichgewicht und moralische Asymmetrie im internationalen Schuldenregime

- Die USA werden von anderen Ländern praktisch von ihrer Schuldentilgung befreit, während Global-Süd-Staaten strenge Bedingungen zur Schuldenrückzahlung auferlegt werden.
- Dieser asymmetrische Umgang mit Schulden wird seit Jahrhunderten durch internationale Finanzmachtinstitutionen gefördert und führte zur Ausbeutung ehemaliger Kolonien mittels finanzieller Abhängigkeiten.
- Globale Finanzsysteme sind geprägt von einer Konzentration auf Gläubigerinteressen, die Industrialisierung und nationale Selbstbestimmung der Schuldnerländer behindern.

Neuausrichtung der Weltwirtschaft: Rolle Chinas und eines neuen internationalen Ordnungsrahmens

- China, Russland und Iran bilden eine kritische Masse zur Etablierung eines alternativen Systems, das auf gegenseitigem Nutzen basiert und U.S.-Dominanz in Handel und Finanzen herausfordert.
- China verfolgt eine industriell orientierte Sozialpolitik mit staatlich kontrollierter Infrastruktur und Finanzsystemen und bietet so ein Modell jenseits des westlichen Neoliberalismus.
- Dieses neue System soll faire Kreditvergabe, Schuldenherabsetzungen bei Überschuldung sowie Schutz vor US-Wirtschafts-Sanktionen gewährleisten.

Zukunftsszenarien für das westliche Wirtschaftsmodell und globale Zweiteilung

- Es ist mit einem koexistierenden Weltsystem aus einer Global-Majority-Staaten-Gruppe mit neuem Wirtschaftsmodell und einer weiter US-dominierten Allianz zu rechnen.
- Die wachsende Belastung durch US-Sanktionen und wirtschaftliche Polarisierung könnte westliche Gesellschaften zu politischen und wirtschaftlichen Reformen zurück zur produktiven Industrie und einem sozialeren Wirtschaftssystem zwingen.
- Das neue Modell sähe eine soziale Kontrolle der Geldschöpfung sowie progressive Besteuerung von Boden- und Ressourcenrenten vor, um Rentenökonomie und soziale Ungleichheit zu reduzieren.

Schlussfolgerung: Forderung nach einem Schulden-Kompromiss und Neubewertung des realen Wohlstands

- Die Beendigung der neoliberalen Finanzordnung erfordert ein neues Verständnis von Produktivität und Wohlstand, das finanzielle Spekulationen von materieller kapitalbildender Investition unterscheidet.
- Nationale Regierungen sollten Geldschöpfung aktiv für produktive Zwecke einsetzen, vergleichbar der Politik der chinesischen Zentralbank, anstatt für spekulative Aktivitäten.
- Eine gerechtere globale Wirtschaftsordnung basiert auf solidarischen Schuldenregelungen, sozialer Investition und der Eindämmung ökonomischer Renten als notwendigem Schritt zur nachhaltigen Entwicklung.